

# Bischof Belo klagt die westlichen Regierungen an

Das Oberhaupt der katholischen Kirche in Osttimor, Bischof Carlos Belo, hat die westlichen Regierungen angeklagt, bewußt Zahl und Ausmaß der durch die indonesische Armee verübten Massaker zu verdecken. Insbesondere sprach er die Ermordung Überlebender des Santa-Cruz-Massakers an. Im November 1991 schossen indonesische Militärs wahllos in einen Trauerzug. Laut einer unabhängigen Untersuchungskommission wurden dabei 273 Menschen ermordet und 376 verletzt. Von 255 Menschen fehlt seitdem jede Spur (eine indonesische Kommission spricht von 50 Toten und über 90 Verletzten). Wie inzwischen durch den Dokumentarfilm "Death of a Nation" von John Pilger bekannt geworden ist, sind nach dem Massaker verwundete Augenzeugen ins Militärhospital abtransportiert und dort ermordet worden. Die indonesische Regierung hat diese Anschuldigungen zurückgewiesen. Bischof Belo zweifelt jedoch nicht an der Glaubwürdigkeit der Augenzeugen und bestätigt vielmehr, daß ein zweites Massaker stattgefunden hat: "Als ich am 12. November um 11 Uhr die Verwundeten im Krankenhaus besuchte, lagen dort mehrere hundert. Als ich am darauffolgenden Tag wieder kam, waren es nur noch neunzig. Augenzeugen berichteten mir, daß die Tötungen der Verletzten um 8 Uhr abends begannen und die meisten zwischen 2 und 3 Uhr morgens vonstatten gingen, als in der Stadt plötzlich das Licht ausging."<sup>1</sup>

Westliche Regierungen reagierten nicht auf die Anschuldigungen, der australische Außenminister Gareth Evans ging sogar soweit, das zweite Massaker zu leugnen und verstieg sich zu der Spekulation, "die verwundeten Überlebenden seien wohl einfach in den Busch gegangen".<sup>2</sup> Hierzu Bischof Belo: "Wie kann er das wissen? War er hier, bei uns? Ich kenne die Augenzeugen. Sie alle haben die Wahrheit gesagt."<sup>3</sup> Und nicht nur im Hospital wurde an diesen Tagen getötet. Auch außerhalb Dilis, in Tibat und Hera, gab es Hinrichtungen, die im direkten Zusammenhang mit dem Santa-Cruz-Massaker standen. Bischof Belo berichtet von einem Soldaten aus Ambon, der zu ihm gekommen sei und versichert habe: "Wir wollten sie (die Demonstranten) nicht töten, aber wir hatten den Befehl dazu von unserem Kommandanten. Wir hörten, wie diese jungen Menschen, eingehüllt in Säcke, nach ihren Vätern und Müttern schrien, nach der Jungfrau Maria

und nach Jesus Christus, aber wir hatten Befehl sie zu erschießen, sie zu töten, und sie dort zu begraben, wo es geschah."<sup>4</sup> Weiterhin bestätigte er, daß seit der indonesischen Besetzung mindestens 200.000 Timoresen umgekommen sind.

Carlos Filipe Ximenes Belo ist seit 1983 Bischof in Osttimor. Da weder der Vatikan noch die Vereinten Nationen die Annexion Osttimors durch Indonesien anerkannt haben, ist Bischof Belo direkt dem Vatikan unterstellt und nicht der katholischen Kirche Indonesiens. Seit seinem Amtsantritt sind bereits zwei Mordanschläge auf ihn verübt worden, 1989



Bischof Carlos Filipe Ximenes Belo

aus: TAPOL No. 124, Aug. 1994, S. 20

und 1991. Trotz dieser permanenten Bedrohung hat sich Bischof Belo nicht einschüchtern lassen und ist heute einer der heftigsten Kritiker des indonesischen Regimes und für den Friedensnobelpreis nominiert. Waren während der portugiesischen Kolonialzeit nur etwa 30 % der Bevölkerung katholischen Glaubens, so sind es heute über 90 %. Die katholische Kirche bietet ihnen Rückhalt und Unterstützung im Kampf gegen die indonesische Fremdherrschaft.

Entgegen den Beteuerungen sowohl der indonesischen Regierung wie auch ihr wohlgesonnener westlicher Regierungen hat sich die Situation in Osttimor keineswegs verbessert. Weiterhin kommt es zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Damit konfrontiert, sagte Bischof Belo: "Sie [die westlichen Regierungen] müssen wissen, daß das [die Beteuerungen der indonesischen Regie-

rung] nicht wahr ist. Die Situation war niemals schlimmer. Es gibt mehr Einschränkungen als vorher. Niemand darf reden, niemand darf demonstrieren. Menschen verschwinden." Und zum angekündigten Rückzug des indonesischen Militärs sagte er: "Dafür gibt es keine Anzeichen. Ich glaube nicht daran. Was wir hier erleben, ist eine zweite Kolonisation."<sup>5</sup>

Jüngstes Beispiel für die Tatsache, daß sich die Situation in Osttimor keineswegs verbessert hat, war die gewaltsame Auflösung einer friedlichen Demonstration am 14. Juli dieses Jahres. An der Demonstration nahmen ca. 500 Jugendliche teil, die unpolitische Transparente mit den Aufschriften "Viva Jesus" und "Viva a Igreja Catolica" trugen. Anlaß der Demonstration waren verschiedene Behinderung der Religionsausübung durch indonesische Sicherheitskräfte. Der Demonstrationzug bewegte sich von der Universität zum regionalen Parlamentsgebäude. Wie aus dem ABRI-Informationszentrum verlautete, begannen die

Studenten, die Sicherheitskräfte mit Steinen zu attackieren, so daß diese hätten eingreifen müssen, um die Sicherheit aller zu gewährleisten. Dagegen versicherte der Rektor der Universität, der aus unmittelbarer Nähe das Geschehen beobachtete, in einer offiziellen Erklärung, daß die Bereitschaft zur Gewalt keinesfalls von den Demonstranten ausgegangen sei.<sup>6</sup> Polizei und Militärkräfte stellten sich den Demonstranten entgegen und knüppelten sie nieder. Es gab zahllose Verletzte und – nach unbestätigten Angaben – drei Tote. Ungewiß ist, wieviele verhaftet wurden, doch hat amnesty international eine Liste mit den Namen von fünfzehn Personen veröffentlicht, über deren Verbleib Unklarheit herrscht.<sup>7</sup> Es steht zu befürchten, daß diese Menschen der Praxis des "Verschwindenlassens" zum Opfer gefallen sind. Dieser erneute Ausbruch der Gewalt von seiten des in-



donesischen Militärs, das nach eigenen Angaben in Osttimor stationiert ist, um Straßen und Brücken zu bauen und die Bevölkerung vor Übergriffen der Rebellen zu schützen, führte dazu, daß sich der Widerstand in der Bevölkerung noch vergrößerte.

Einen Mittelweg zwischen der indonesischen Gewaltherrschaft und dem bewaffneten Widerstand zu beschreiten ist das Ziel von "Duc in Altem", einer neugegründeten Vereinigung von osttimoresischen Intellektuellen. Armando Maia, Vizerektor der Universität von Dili und Begründer der Gruppe, versichert, daß sie keineswegs gegen die indonesische Herrschaft eingestellt sei, doch müsse ein Weg aus der nahezu ausweglosen Situation gefunden werden. "Wenn wir einen zu radikalen Standpunkt einnehmen, werden die Indonesier ihn zurückweisen. Wenn wir aber weiterhin mit ihnen zusammen gehen, so tun wir das gegen die Wünsche der Menschen in Osttimor. Wir müssen einen Mittelweg finden."<sup>8</sup> Dabei schwebt ihnen eine größere Autonomie Osttimors vor; sie fordern die Einhaltung der Menschenrechte und eine drastische Reduzierung der indonesischen Militärpräsenz in Osttimor. Weiter betont Armando Maia, daß sich die Gruppe auf jeden Fall innerhalb der Gesetze bewegen und ihre Arbeit ausschließlich auf Kultur und Erziehung beschränkt sein werde. Keineswegs sollen politische Inhalte vertreten werden. Dazu muß gesagt werden, daß es in Indonesien verboten ist, politische Parteien zu gründen. Der indonesische Soziologe und Osttimor-Spezialist George Aditjondro sieht darin sogar einen Wendepunkt in dem seit nunmehr neunzehn Jahre andauernden Konflikt; denn zum ersten Mal stellen sich Pro-Integrations-Timorese offen gegen die indonesische Regierung.<sup>9</sup>

Auch im Ausland blieb die gewaltsame Auflösung der friedlichen Demonstration vom 14. Juli nicht unbemerkt und unkommentiert. Der portugiesische Außenminister rief seine Außenministerkollegen der Europäischen Union zur Solidarität auf, der Außenministerrat der EU verurteilte die gewaltsame Niederschlagung und forderte die Einhaltung der Menschenrechte, vor allem der Religionsfreiheit, und darüber hinaus den freien Zugang für internationale Organisationen nach Osttimor.

Die jüngsten Übergriffe, wie auch das Santa-Cruz-Massaker, waren keine Einzelaktionen der indonesischen Armee, sondern nur Mosaiksteine in einem blutigen Bild. Wie der Amnesty-Bericht von diesem Jahr zeigt, werden in Osttimor systematisch die Menschenrechte verletzt. Die indonesische Armee tötet, foltert und vergewaltigt weiterhin. Erstmals setzt amnesty international neben der indonesischen Suharto-Regierung auch ihre westlichen Verbündeten mit auf die Anklagebank und macht sie mitverant-

wortlich für die fortdauernden Menschenrechtsverletzungen in Osttimor. Nur allzugern halten diese Regierungen unkritisch an dem "friedlichen Bild", das ihnen die indonesische Regierung von Osttimor zeichnet, fest. Für "gute" wirtschaftliche Beziehungen müssen Menschenrechte wieder einmal hintanstellen.

Ein vorsichtiges Umdenken scheint in den USA einzusetzen: nachdem sie jahrelang einer der Hauptwaffenlieferanten Indonesiens waren, hat sich der US-Senat wegen der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Osttimor für ein Ausfuhrverbot sogar von leichten Waffen nach Indonesien ausgesprochen. Das Außenministerium in Jakarta meinte daraufhin nur lapidar, daß man sich halt an andere Länder zwecks Waffenlieferungen wenden werde. Ein neuer Partner war schnell gefunden: Australien bot sich an, die Verluste auszugleichen. Es ist gerade der fehlende Druck seitens der internationalen Gemeinschaft auf Indonesien, der es ermöglicht, die völkerrechtswidrige Annexion aufrechtzuerhalten.

Bischof Belo bot sich im August in einem offenen Brief als Vermittler bei Gesprächen zwischen dem timoresischen Widerstand und dem indonesischen Militär an. Konis Santana, Führer des bewaffneten Widerstandes, erklärte sich für die Dauer der Gespräche zu einem einseitigen Waffenstillstand bereit. Doch während ein Sprecher des Militärs in Osttimor versicherte, sie seien auf Gespräche vorbereitet, lehnte der indonesische Außenminister sie strikt ab. In Aussicht stellte er allerdings ein Gespräch zwischen ihm und José Ramos Horta Ende September in New York.<sup>10</sup> Auch sind indonesische Militärs im August an Xanana Gusmao herangetreten und haben ihn in seiner Zelle aufgesucht. In dem zweistündigen Gespräch soll von indonesischer Seite aus die Möglichkeit eines Referendums unter UN-Aufsicht angesprochen worden sein.

Die Dringlichkeit einer Aussöhnung in Osttimor unterstrich Rudolf Baum, Mitglied der Menschenrechts-Subkommission des Deutschen Bundestags. Rudolf Baum hielt sich vom 9. bis 14. August in Indonesien und Osttimor auf und führte dort Gespräche mit Regierungsvertretern und Mitgliedern des Parlaments, mit Vertretern der Kirche und mit Journalisten. In einem ersten Interview am Flughafen von Jakarta rief er jeden dazu auf, sich verantwortungsvoll und mit Nachdruck an dem Prozeß der Aussöhnung in Osttimor zu beteiligen und zeigte sich darüberhinaus sehr zuversichtlich, daß ein solcher Prozeß in naher Zukunft zur Lösung des Konfliktes führen werde, wie es in Südafrika, Namibia und in Osteuropa geschehen ist. "Ohne eine politische Lösung werden sich die Menschenrechtsprobleme nicht lösen lassen ... Es ist eine politische Angelegenheit, und wenn nichts getan wird, so wird das nur

zu endloser Frustration führen, zu Gefühlen der Verzweiflung und Feindseligkeit ohne irgendwelche positiven Aussichten für Osttimor. Und die indonesische Regierung wird die internationale Arena immer mit einer offenen Wunde betreten."<sup>11</sup>

**Monika Schlicher  
und Jean-Pierre Ferreira**

#### Anmerkungen:

- 1 John Pilger, *Bishop Belo accuses the West*, in: *New Statesman and Society* v. 15.7.1994.
- 2 John Pilger: *How Suharto faked the truth*, in: *New Statesman and Society* v. 29.7.1994.
- 3 John Pilger, *Bishop Belo accuses ...*, aA.O.
- 4 *Transcript of an interview conducted by an Australian visitor to Dili with Bishop Belo in late July 1994.*
- 5 John Pilger, *Bishop Belo accuses ...*, aA.O.
- 6 *Statement by the Rectorate of the University of East Timor on the events on 13th and 14th July at the campus of the University of East Timor, Regarding the Press Statement issued by the Information Centre (PUSPEN) of the Armed Forces and the Foreign Minister, Pastor Drs Bratasudarma, SJ, Rector, Dili, 17 July 1994.*
- 7 *Amnesty International, Urgent Action 294/94 East Timor, Fear of torture/Disappearance*, 10.8.1994.
- 8 *Jeremy Wagstaff, Frustrated East Timorese search for middle path, Jakarta, 26.7.94 (Reuter).*
- 9 *Ebd.*
- 10 *Ausführlich hierzu O Público: Joaquim T. de Negreiros, Negociades directas nao, encontro com Horta sim, 27. Agosto 1994, S.5; ders., Timor jogo-se (também) em Jacarta, 27. Agosto 1994, S.7; Diário de Notícias: Contactos directos entre Timorese e a Indonésia: Barroso apoia Ximenes, 28. Agosto 1994, S.7.*
- 11 *Rudolf Baum gegenüber der indonesischen Zeitung Suara Pembaruan, 16.8.1994, übersetzt aus dem Indonesischen von TAPOL.*

- Anzeige -

## Die Rote Hilfe 3/94

Prozesse gegen AntifaschistInnen; Irmgard Möller seit 22 Jahren im Knast; Wolfgang Grams: Selbstmordthese bricht zusammen; Schwerpunkt: Kurden zum Abschluß freigegeben; BND - ein Geheimdienst auf "neuen" alten Wegen; u.v.m.

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

**Rote Hilfe e.V.  
Postfach 6444  
24125 Kiel**



**Tel/Fax: 0431/7514**